



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
SEKTION III-RECHT

GZ.: BMI-LR2210/0007-III/1/b/2017

Wien, am 13. Februar 2017

An die

Parlamentsdirektion

per E-Mail:

NR-AUS-PETBI.Stellungnahme@parlament.gv.at

Manuela Elsigan
BMI - III/1/b (Referat III/1/b)
Herrengasse 7, 1010 Wien
Tel.: +43 (01) 531262482
Org.-E-Mail: BMI-III-1-b@bmi.gv.at
WWW.BMI.GV.AT
DVR: 0000051
Antwortschreiben bitte unter Anführung der GZ an
die Org.-E-Mail-Adresse.

Betreff: Legistik und Recht; Verbindungsdienst - Parlament und Ministerrat; Parlament
Allgemein
Schreiben der Parlamentsdirektion vom 18. Jänner 2017 bezüglich einer
Parlamentarischen Bürgerinitiative (109/BI) vom 19. Oktober 2016 betreffend
"Fakten gegen Hetze - Maßnahmen für die Einhaltung ethischer Grundsätze in den
Medien setzen"

Im Gegenstand ergeht zu den Ausführungen der Bürgerinitiative 109/BI vom
19. Oktober 2016, durch das Bundesministerium für Inneres folgende Stellungnahme:

Grundsätzlich sind alle Maßnahmen und Initiativen zu begrüßen, die sich gegen eine
Diffamierung von Angehörigen ethnischer, religiöser, sexueller oder anderer Gruppen
richten. Ein besonders problematisches Element im Kontext von Hasskriminalität ist die
sogenannte „Hassrede – Hate Speech“, dabei handelt es sich um aggressive, bedrohliche
sowie beleidigende und verhetzende vor allem fremden- und asylfeindliche Kommentare in
den sozialen Netzwerken und anderen Online-Foren.

Die Bandbreite der Kommunikationsmöglichkeiten in diesen Online-Foren führt dazu, dass
immer mehr Menschen diese Plattformen täglich nutzen. Für Jugendliche stellen diese oft
die einzige Informationsquelle zum gesellschaftlichen Geschehen dar. Online-Dienste tragen
daher wesentlich zur Meinungsbildung bei.

Im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) ist seit 1997 die
Meldestelle NS-Wiederbetätigung, E-Mail: ns-meldestelle@bvt.gv.at eingerichtet. Hier
können engagierte Privatpersonen Ihre Hinweise melden. Die Angaben werden vertraulich
behandelt, soweit keine gesetzliche Verpflichtung zu Weiterleitung an die Justiz besteht.
Neben klassischen nationalsozialistischen oder antisemitischen Inhalten auf Webseiten oder

News-Groups wurden im Verlauf des Jahres 2015 vor allem asyl- und fremdenfeindliche Hass- bzw. Hetzpostings, Aufrufe zur Gewalt gegen Flüchtlinge, islamfeindliche Postings und Drohungen gemeldet. Im Jahr 2015 wurden insgesamt 282 Anzeigen nach § 283 StGB (Verhetzung) bei der Justiz erstattet.

Wir begrüßen auch die noch für 2017 in Aussicht gestellte Einrichtung einer Melde- und Beratungsstelle gegen Hasspostings. Dem Vernehmen nach soll es sich dabei um eine erste Anlaufstelle für Nutzer von Online-Foren und Social-Media-Plattformen handeln, die Hasspostings wahrnehmen oder selbst von Cyber-Mobbing betroffen sind. Konkrete Informationen über Aufgaben und Ausstattung dieser Meldestelle liegen dem BVT noch nicht vor.

Die Bundesregierung tritt außerdem seit geraumer Zeit mit Nachdruck für gesetzliche Lösungen auf EU-Ebene ein.

Für den Bundesminister:

Mag. Christine Schleifer-Tippl

elektronisch gefertigt

